

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block
Ratsmitglied Volker Block
Ratsmitglied Norbert Peter Brandt
Ratsmitglied Marvin Hager
Ratsmitglied Christina Heide
Ratsmitglied Birgit Holtz
Ratsmitglied Susanne Kempcke (anwesend ab TOP 8)
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld
Beigeordneter Detlef Schön
Ratsmitglied Gabriele Schröder
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse
Ratsmitglied Martin Ehlers (anwesend ab TOP 4.1)
Beigeordneter Uwe Heinemann
Ratsmitglied Anja Mandt
Ratsmitglied Sven Schoolmann
Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ratsvorsitzender Stefan Becker
Beigeordneter Markus Bulla
Ratsmitglied Olaf Fischer
Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler
Ratsmitglied Petra Stomberg
Beigeordneter Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ratsmitglied Martin Burkhart
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Yannick Lonkai (ab TOP 10.1)
Ratsmitglied Walther Schäfer

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder
Stadtbaurat Nikša Marušić
Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth
Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow
Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Es fehlte entschuldigt

Oberbürgermeister Carsten Feist
Ratsmitglied Manuel Baruschke
Ratsmitglied Ulf Berner
Ratsmitglied Torsten Kastrioti
Ratsmitglied Michael Kiesewetter
Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges
Ratsmitglied Thorsten Moriß
Ratsmitglied Darwin Reinhard
Ratsmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus
Ratsmitglied Jens Stoffers
Ratsmitglied Detlef Stump
Ratsmitglied Thomas Suberg
Beigeordneter Michael von den Berg
Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner
Ratsmitglied Olaf Werner

A. Nichtöffentlicher Teil

**B. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 7**

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 6 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil
- 7 Aktuelle Stunde
- 8 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
- 9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten
- 10 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)
- 10.1 Feststellung Sitzverlust Herr Miquel Schaar/Bruder Franziskus und Verpflichtung von Herrn Yannick Lonkai als Nachfolger sowie Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien (auf Antrag der Gruppe GRÜNE und GfW)
- 11. Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat
- 11.1 Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt
- 11.1.1 Nachbewilligung zum Haushalt 2024 240/2024
- 12 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Zu Beginn des öffentlichen Teils gratulierte der Ratsvorsitzende **Ratsherrn Brandt** zum Geburtstag und überreichte ein Blumenpräsent.

6 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Herr Burkhardt zeigte sich verwundert, dass die seit längerem vorliegende Frage für die Einwohnerfragestunde I nicht auf die Tagesordnung aufgenommen worden sei. Die erneute Verschiebung halte er misslich für den Fragesteller.

Herr Marušić erklärte, die heutige Sitzung finde auf Antrag aus dem Rat statt und die Einwohnerfragestunde sei nicht Gegenstand dieses Antrags gewesen.

Anschließend wurden zwischen **Herrn Fischer**, **Herrn Tönjes** und **Herrn Schön** die Umstände erörtert, die zur heutigen Sitzung geführt haben.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in der vorgelegten Form festgestellt.

7 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

Der Antrag der AfD-Fraktion wurde im Vorfeld bereits wieder zurückgezogen.

8 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Herr Schönfelder informierte über den Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 26.09.2024 „Bürgerentscheid zu dem Bürgerbegehren "Keine Stadthalle im Areal vom Pumpwerkpark", wonach der Bürgerentscheid am Sonntag, dem 01.12.2024 durchgeführt werde.

Herr Burkhardt wies darauf hin, dass die Initiatoren noch keine schriftliche Mitteilung über die Entscheidung vom 16.09.2024 erhalten hätten. Dies führe ihn zu der Frage, ob das Ausbleiben dieser Mitteilung rechtliche Auswirkungen für die Initiatoren habe. Darüber hinaus vermisse er eine Aufstellung über die Kosten des Bürgerentscheids.

Herr Schönfelder erklärte, die Verwaltung habe die gesetzlich vorgeschriebenen Schritte unternommen und entsprechend informiert. Er sagte zu, die genauen Umstände jedoch prüfen zu wollen und dazu in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses zu berichten.

Die Frage nach der Kostenaufstellung beantwortete **Herr Bruns**: Derzeit werde der Controlling-Bericht mit Stand 31.08.2024 erstellt, aus dem sich eine Aussage ergebe, ob das Budget auskömmlich sei oder eine Nachbewilligung nötig werde.

Herr Ehlers verwies auf die Möglichkeit, den Bürgerentscheid abzuwehren, indem der Rat im Sinne des Bürgerbegehrens entscheide. Hier bitte er um Auskunft, ob es seitens der Verwaltung oder aus dem Rat die Überlegung gebe, dies zu tun. Immerhin könne die Stadt Kosten sparen, wenn ein Bürgerentscheid abgewendet werde.

Herr Schönfelder machte darauf aufmerksam, dass zunächst der Rat bereits eine Entscheidung über den Standort gefällt habe. Die Verwaltung beabsichtige nicht, diesen Willen des Rates durch einen eigenen Beschluss zu kippen. Den Bürgern solle mit dem Bürgerentscheid nunmehr die Möglichkeit eröffnet werden, selbst über diese Frage abzustimmen.

Herr Tönjes kündigte an, seine Gruppe werde zur nächsten Ratssitzung versuchen eine Mehrheit für einen entsprechenden Antrag zu erhalten. Hinsichtlich des Beschlusses widerspreche er der Aussage von Herrn Schönfelder. Seiner Erinnerung nach sei dieser Standort lediglich nicht ausgeklammert gewesen. In erster Linie ging es um die Sanierung des Pumpwerks und im Zuge dessen habe die Verwaltung ein Veranstaltungszentrum ins Spiel gebracht. Dieser Förderantrag sei bis heute nicht beschlossen worden. Seine Gruppe sehe derzeit nicht die finanziellen Möglichkeiten gegeben, in den nächsten Jahren eine Stadthalle zu bauen.

Herr Walpurgis bezog sich hinsichtlich der Kosten für den Bürgerentscheid auf Beratungen im Umweltausschuss, wo diese mit etwa 100 T€ beziffert worden seien. Ansonsten unterstütze er das Anliegen von Herrn Tönjes, zur nächsten Ratssitzung einen Antrag vorbereiten zu wollen.

Herr Heinemann signalisierte die Zustimmung der CDU-Fraktion für den Standort und für die Durchführung des Bürgerentscheides. Im Übrigen wolle er darauf hinweisen, dass dieser Punkt nicht Gegenstand der Tagesordnung sei.

Herr Bulla verwies auf die Ratsentscheidung, einen Architektenwettbewerb am Standort durchführen lassen zu wollen. Bei der Befragung der Bürger gehe es ausschließlich um die Frage, ob der Standort der Richtige sei. Ob und wann sich die Stadt einen Neubau leisten könne, stehe aktuell nicht zur Debatte. Dies erfolge im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Herr Schönfelder zitierte aus dem Ratsbeschluss, mit dem der Standort am Pumpwerk sehr wohl bestätigt worden sei. Dort sei die Verwaltung mit der Durchführung eines städtebaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerbes für die Erweiterung und Sanierung des Pumpwerkes sowie für den Neubau einer Stadthalle im Areal vom Pumpwerk beauftragt worden. Ein entsprechender Antrag zur nächsten Ratssitzung sei vollkommen legitim, aber die Verwaltung fühle sich an den Ratsbeschluss gebunden.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Herr Marušić berichtete, dass der Fördermittelantrag für den Radweg am Bontekai nunmehr positiv beschieden worden sei. Somit könne das Vorhaben bis zum 01.06.2026 umgesetzt werden.

Ferner machte **Herr Marušić** auf die Bewerbung der Stadt beim „Urban Diplomacy Exchange II“ Programm zur Teilnahme an der „German-British Partnership Conference“ in Edinburgh aufmerksam. Zusammen mit der schottischen Partnerstadt Dunfermline sei die Stadt eingeladen worden, an dieser Konferenz teilzunehmen. Dies solle auch zum Anlass genommen werden, um die Städtepartnerschaft wieder aufleben zu lassen.

10 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Block)

10.1 Feststellung Sitzverlust Herr Miguel Schaar/Bruder Franziskus und
Verpflichtung von Herrn Yannick Lonkai als Nachfolger sowie
Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien (auf Antrag der Gruppe
GRÜNE und GfW)

Herr Becker teilte mit, dass Herr Miguel Schaar/Bruder Franziskus mit Schreiben vom 19.08.2024 erklärt habe, aufgrund der Übernahme einer neuen beruflichen Tätigkeit und seines damit verbundenen Umzugs nach Ostfriesland sein Ratsmandat niederzulegen.

Mit dem o.g. Schreiben sei also gemäß § 52 Absatz 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die Voraussetzung für das Ende der Mitgliedschaft von Herrn Schaar/Bruder Franziskus im Rat gegeben. Gemäß § 52 Absatz 2 NKomVG stelle der Rat durch Beschluss fest, dass die eben genannte Voraussetzung erfüllt sei.

Auf die Gelegenheit zur Stellungnahme habe Herr Schaar/Bruder Franziskus verzichtet.

Beschluss: (einstimmig)

Die Voraussetzung für das Ende der Mitgliedschaft von Herrn Ratsherrn Miguel Schaar/Bruder Franziskus im Rat der Stadt Wilhelmshaven ist zum 30.09.2024 gem. § 52 Absatz 1 Nr. 1 NKomVG erfüllt.

Herr Becker führte weiter aus, Herr Oberbürgermeister Feist habe in seiner Eigenschaft als Gemeindevahlleiter festgestellt, dass **Herr Yannick Lonkai** anstelle von Herrn Miguel Schaar/Bruder Franziskus für die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ in den Rat nachrücke.

Herr Lonkai habe den Sitz gemäß den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes angenommen.

Aufgrund der Ortsabwesenheit von Oberbürgermeister Feist verpflichtete **Frau Weinstock** als ältestes hierzu bereites Ratsmitglied Herrn Yannick Lonkai als neues Ratsmitglied gemäß § 60 NKomVG durch Handschlag, die Aufgaben des Rates nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Besonders wies sie dabei auf die Bestimmungen der §§ 40 - 42 NKomVG (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Treuepflicht) sowie auf § 30 der Abgabenordnung (Steuergeheimnis) hin.

Ferner erklärte **Frau Weinstock**, dass diese Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG aktenkundig zu machen sei, was durch Aufnahme in diese Niederschrift geschehe.

Anschließend beantragte **Frau Kloster** die folgenden **Umbesetzungen**:

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft:

Ratsherr Yannick Lonkai (anstelle von Ratsherrn Miguel Schaar)

Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss:

Ratsherr Yannick Lonkai (anstelle von Ratsherrn Martin Burkhardt)

Ausschuss für Planen und Bauen:

Beigeordneter Michael von den Berg (anstelle von Ratsherrn Martin Burkhardt)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration:

Ratsherr Walther Schäfer (anstelle von Ratsherrn Miguel Schaar)

Ausschuss für Sport:

Ratsherr Yannick Lonkai (anstelle von Ratsherrn Martin Burkhardt)

Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude:

Beigeordneter Michael von den Berg

Gesellschafterversammlung WEL:
Ratsherr Walther Schäfer

Aufsichtsrat Stadtwerke Wilhelmshaven:
Beigeordneter Michael von den Berg (anstelle von Ratsherrn Miguel Schaar)

Den vorgeschlagenen Umbesetzungen wurde **einstimmig zugestimmt**.

11. Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

11.1 Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt

11.1.1 Nachbewilligung zum Haushalt 2024

240/2024

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 16.09.2024 vor.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Hager** begründete **Herr Bruns** die Notwendigkeit einer Nachbewilligung. Da diese Leistung in Vergangenheit immer gekauft wurde, sei der Betrag als immaterielles Anlagegut im Finanzhaushalt eingeplant gewesen. Der Anbieter habe zwischenzeitlich sein Verfahren umgestellt und biete diese Leistung nun ausschließlich zur Miete an. Mieten wiederum würden im Ergebnishaushalt gebucht, mit der Folge, dass die benötigten Mittel hier nicht vorhanden seien.

Herr Fischer bestätigte, das Thema sei im Ausschuss diskutiert und dort gut nachvollziehbar dargestellt worden.

Herr Heinemann merkte an, dass ein Hinweis dazu in der Beschlussvorlage hilfreich gewesen wäre.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 30 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) die Nachbewilligung in Höhe von 200.000,00 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2024.

12 Einwohnerfragestunde II

(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung lagen nicht vor.
Die Einwohnerfragestunde wurde geschlossen.

Ende der Sitzung: 14:14 Uhr

gez.

gez.

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

Feist
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin